

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 Mk. 50 Pf., oder monatlich 1 Mk. 50 Pf. in der Geschäftsstelle, bei unseren Verkäufern sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Corlsfeld, Hundshübel, Neuhof, Oberhügengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterhügengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Reinspaltige Zeile zu 1/2 Pf. Im Restameteil die Zeile 50 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsstelle.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 283.

Sonntag, den 7. Dezember

1919.

Ausgabe der Lebensmittel-, Kartoffel- und Einfuhrzinskarten für ausländische Nahrungsmittel

Montag, den 8. Dezember 1919

in nachstehender Nummernfolge der Ausweishefte:

vorm. von 8-9 Uhr Nr.	1-300,	nachm. von 2-3 Uhr Nr.	1201-1500,
" " 9-10 " "	301-600,	" " 3-4 " "	1501-1800,
" " 10-11 " "	601-900,	" " 4-5 " "	1801-2100,
" " 11-12 " "	901-1200,	" " 5-6 " "	2101 u. f. Fern.

Von den Bezugsberechtigten, die ihre Karten erst nach dem Ausgabebestellungsdatum abholen, wird für die Sonderarbeit eine Gebühr von 50 Pf. erhoben.

Über 70 Jahre alte Personen, die statt anderer Nahrungsmittel wöchentlich 125 g Griech beziehen wollen, haben dies an der Ausgabestelle zu melden.

Die Voranmeldungen zum Warenbezug sind bis Mittwoch, den 10. ds. Mts., mittags zu besorgen. Den Witterverkauf für Urlauber und Kranke besorgt für die nächste Bezugszeit das Geschäft von Emma Hendel, Wühl.

Die Händler haben die Voranmeldeschneise bis Donnerstag, den 11. ds. Mts., früh 9 Uhr in der städtischen Marktpreisungsstelle einzureichen. Eibenstock, den 5. Dezember 1919. Der Stadtrat.

Die große Geldforderung!

Die Lage unserer armen kriegsgefangenen Landsleute in Frankreich, die Ansprüche wegen angeblicher Richterfällung der Bedingungen des Waffenstillstandes und die bevorstehende Auslieferung der Waiskinder an Frankreich gehen uns so nahe, daß wir für alles das, was noch nachkommt, keinen rechten Sinn haben. Und doch ist auch die Auslieferung der sogenannten „Kriegsverbrecher“ in bedrohliche Nähe gerückt. Wir wissen nicht, was kommen wird, wenn diese Forderung sich nicht erfüllen läßt, und mit dieser Möglichkeit muß doch gerechnet werden. Noch verhängnisvoller hängt aber die Wetterwolke der großen Kriegsschuldigung über uns, deren Höhe uns bis heute noch nicht einmal bekanntgegeben ist. In den Friedensverhandlungen hatte der damalige Reichsfinanzminister Dernburg gesagt, daß wir höchstens 100 Milliarden unter der ausdrücklichen Voraussetzung übernehmen könnten, daß uns reichlich Rohstoffe zur inneren Arbeit überlassen würden. Mit dieser Bindung von 100 Milliarden war aber die Entente nicht einverstanden, und von einer auskömmlichen Belieferung mit Rohmaterialien ist erst recht keine Rede.

Die Anhebungen, die in London und Pariser Zeitungen über die Höhe der von uns zu bezahlenden Kriegskosten gemacht wurden, belaufen sich zuerst auf etwa 160 Milliarden und gingen dann unter dem Einfluß der französischen Wahlagitation über 200 Milliarden hinaus. Bei uns wird in den Kreisen der Reichsregierung auf eine jährliche Zahlung von 10 Milliarden Mark gerechnet, es fragt sich nur, wie viele Jahre diese zehn Milliarden Mark über den Rhein nach Westen gehen sollen. Es ist ferner zu beachten, daß die Entschädigung in Gold oder vollwertigen deutschen Industriefabrikate, zu leisten ist. Bei dem gegenwärtigen Stande der deutschen Saluta ist die Zahlung von 150-200 Milliarden Gold überhaupt unmöglich, es ist auch ausgeschlossen, das Geld für Rohmaterialien zu industriellen Fabriken aufzubringen. Außerdem kommt zu der Kriegsschuldigung noch manches andere, so allein 2 Milliarden jährlich für die Unterhaltung der Besatzungstruppen im Rheinland. Auch die Kosten für die Verpflegung unserer Kriegsgefangenen sind von uns zu bezahlen. Daß dabei unsere eigenen deutschen Ausgaben nicht gering sind, ist bekannt und braucht nicht erst weiter ausgeführt zu werden.

Nach dem Standpunkt, den die Entente in den heutigen strittigen Fragen einnimmt, können wir auf ein baldiges Entgegenkommen in der Geldfrage erst recht nicht hoffen. Wenn wir sagen, daß wir nicht zahlen können, so wird die „Wiedergutmachungskommission“ in Paris antworten, Ihr müßt mehr sparen und mehr arbeiten! Protestieren wir auch dagegen, so wird sie die deutschen Reichsausgaben durchsehen und bei ihnen zu streichen beginnen. Wir haben im Friedensvertrage dies Recht der Entente zugestanden. Wie können also auch nur dagegen protestieren, wenn unsere Steuererhebungen einen anderen Weg nehmen als denjenigen, den wir bestimmt hatten. Der Vertrag unserer zahlreichen neuen Steuern wird hoch sein, die neue Reichseinkommensteuer soll allein 8 Milliarden jährlich erbringen, aber diese Riesen werden auch die Ansprüche in Paris steigern, denn die französischen Steuerzahler hoffen sehr bestimmt auf große deutsche Zahlungen.

Die Steuerertragsberechnungen stehen bei uns bisher nur auf dem Papier, und wie tun wirklich zur Vermehrung großer Erwartungen im In- und Ausland besser, uns zu gebulden, bis das Geld wirklich da ist. Die wirt-

schaftlichen Kalamitäten in Deutschland, wie jetzt wieder der Kohlenmangel und die Verteuerung von Lebensmitteln, bereiten uns Ausfälle von ungezählten Millionen, die gar nicht alle wieder eingebracht werden können, zumal die Sozialisierungspläne noch immer nicht begraben sind. Solche Phantastiegebilde bilden Bleigewichte, die das Fortschreiten in der Besserung der Valutaverhältnisse hemmen. Hilfe von den französischen oder englischen Arbeitern haben wir absolut nicht zu erwarten, und eine Umdehnung von besseren Beziehungen durch Handel und Verkehr kann erst in Jahren kommen. Unter diesen Umständen wäre es wirklich nötig, daß wir die ganze Höhe der zu zahlenden Kriegsschuldigung so bald wie möglich zu wissen bekommen. Manche deutschen Ausgabeposten werden dann anders eingestellt werden müssen, und es ist schon besser, wir stellen erst gar keine Rechnung auf, die sich später als irrig erweisen muß. Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Scapa Flow. Die britische Admiralität will Schriftstücke veröffentlicht, welche die antike deutsche Uchterschaft an der Versenkung der Flotte von Scapa Flow dokumentieren sollen. Die betreffenden Papiere sollen auf dem Kreuzer „Emden“ gefunden worden sein. Es soll sich bei diesen Papieren erstens um einen schriftlichen Befehl des Admirals von Trotha handeln, der als streng geheim gekennzeichnet sei. In diesem Befehl soll zwar nicht die Versenkung der Schiffe angeordnet sein, aber der Befehl soll sagen, daß die Schiffe in keinem Falle übergeben werden dürften, zweitens sollen diese Papiere beweisen, daß der Admiral von Reuter an die deutschen Seeoffiziere einen Befehl erließ, wann und auf welche Weise die Schiffe zu versenken wären. Bei allen diesen Dokumenten wäre zu beachten, daß englischerseits nicht angegeben wird, auf welche Weise diese Befehle trotz der strengen Zensur übermittelt werden konnten. — Hierzu wird deutscherseits von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß es sich um ein Schreiben vom 9. Mai handelt, dessen Konzept sich in den Akten befindet. Dieses Schreiben ist jedoch von Reuter nur lakonisch veröffentlicht, so daß Sinn und Zusammenhang entfällt werden. Die amtliche Veröffentlichung des ganzen Textes des Schreibens steht bevor.

— Der deutsche Städtetag zum Einkommen- und Landessteuergesetz. Den Hauptgegenstand der Beratung des Mittwoch zusammengetretenen und aus allen Teilen Deutschlands, auch aus Süddeutschland stark besetzten Hauptausschusses des Deutschen Städtetages bildete die Stellung zu den neuen Steuergesetzen, die von vielen Seiten scharf angegriffen wurden. Als Ergebnis der Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, die geltend macht: 1. Das Reich darf die Einkommensteuer für eigene Zwecke nur soweit in Anspruch nehmen, daß es den Gemeinden möglich bleibt, ihre Finanzgebarung auch in Zukunft auf die Einkommensteuer als die wichtigste und beweglichste Steuerart entsprechend den Verschiedenheiten des örtlichen und zeitlichen Bedarfs zu stützen. Unter allen Umständen muß den Gemeinden das Zuschlagsrecht erhalten werden. 2. Gleichzeitig muß verlangt werden, daß die begründeten Forderungen der Gemeinden auf Deckung aller ihrer außerordentlichen Aufwendungen aus der Kriegs- und Wiedergangszeit erfüllt werden.

— Das Landessteuergesetz genügt für die finanziellen Bedürfnisse der Einzelstaaten und Gemeinden nicht. Das muß sofort betont werden, damit es später keine unliebsame Überraschung gibt. Das Reich soll einen Teil seiner direkten Steuern den Einzelstaaten überweisen, aber es muß abgewartet werden, ob es dazu imstande

sein wird. Das ist bei den enormen Ausgabenlasten des Reiches zu bezweifeln. Grundvermögen und Gewerbebetriebe, welche die Hauptquellen für die Einnahmen der Einzelstaaten bilden sollen, sind schon heute durch die Reichseinkommensteuer schwer belastet, außerdem noch durch die große Vermögensabgabe und durch die Umsatzsteuer. Das bedeutet, daß diese Steuer-Einkünfte zu drei Vierteln ausgepreßt ist. Was soll das letzte Viertel da noch groß ergeben? Die Vergünstigungssteuern, die noch kommen sollen, werden ganz außerordentlich hoch werden. Heute ist der Vergünstigungsbrauch groß. Wie es damit bei andauernder Teuerung und Steuererhöhung in einem halben Jahre stehen wird, muß abgewartet werden.

Frankreich.

— Neue Drohung mit einem Ultimatum. Aus Paris, 5. Dez., wird gemeldet: „Matin“ sagt, daß eine Aufforderung an Deutschland zur Unterzeichnung des Protokolls ohne Zweifel heute redigiert werden wird. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Teilnahme Marschall Foch an der gestrigen Konferenz der fünf Chiefs der Delegationen der Großmächte keinen Zweifel darüber lasse, daß die Frage einer militärischen Aktion aufgeworfen werde für den Fall, daß Deutschland den geringsten Vertragsbruch begehen sollte. — Im „Echo de Paris“ schreibt Bertinax: Clemenceau und Marschall Foch haben in der gestrigen Geheim Sitzung des Obersten Rates dargelegt, daß die unerwartete Abreise der von Berlin entsandten Bevollmächtigten, sowie die Kontroversen, welchen sich der Feind seit beinahe einem Monat hingibt, keinen Zweifel über die Notwendigkeit entstehen lassen, zur Tat zu schreiten. Einzig ein Ultimatum kann uns aus der Verlegenheit helfen. Marschall Foch hat gestern morgen dargelegt, daß zur Stellung und Durchführung eines Ultimatum von den nötigen militärischen Vorbereitungen nicht abgesehen werden könnte. Er sagte, daß er in der Lage sei, die im Monat Juni aufgestellten Pläne, durch welche die Delegierten des Deutschen Reiches sich gezwungen sahen, nach Versailles zu kommen, durchzuführen.

England.

— Lloyd George erwartet Ratifikation im Dezember. Drahtlos wird aus London gemeldet: Der erste Minister erklärte im Unterhause auf eine Anfrage, er hoffe, der Friedensvertrag mit Deutschland werde vor Ende des Monats ratifiziert.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 6. Dezember. Herr Oberjustizrat Oberamtsrichter Dr. Böhm, Vorgänger des Herrn Oberamtsrichters Papsthorst hier, ist am Mittwoch in Reichensbach an Herzschlag verstorben.

— Dresden, 5. Dezember. Der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Schuler wird, wie verlautet, auf seiner Reise in der nächsten Woche auch nach Dresden kommen. Er will bei dieser Gelegenheit die Fragen des Wiederaufbaus mit der sächsischen Regierung und anderen zuständigen Stellen erörtern.

— Dresden, 5. Dezember. Wie verlautet, beauftragt Ministerpräsident Dr. Grabner dem Gesamtministerium die Frage vorzulegen, ob die Aufhebung des Belagerungszustandes in Sachsen, der bekanntlich im April 1919 verhängt worden ist, unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist.

— Jetzt kommen die „Dauernächte“: denn die Tageslänge, die am 1. Dezember 8 Stunden 13 Min. betrug, verringert sich noch bis Weihnachten auf 7 Stunden 50 Min. Zu Anfang Dezember geht das Tagesgestirn erst 7 Uhr 43 Min. auf und bereits wieder 3 Uhr 55 Min. unter. Am 22. De-